
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 21/2 (1994)

DOI: 10.11588/fr.1994.2.58918

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

als ein (historisches) Handbuch. Dennoch kommt der Verfasserin das Verdienst zu, noch einmal und auf sprachlich sehr gekonnte Weise auf die spezifischen Bedingungen und Folgen hingewiesen zu haben, die die Französinen mit den revolutionären Ereignissen verbanden und schließlich auch nochmals auf die enorme Aussagekraft und Bedeutung der zeitgenössischen autobiographischen Quellen – nicht zuletzt aus Frauenhand – aufmerksam gemacht zu haben, die ja weiterhin einer gezielten wissenschaftlichen Auswertung harren.

Claudia OPITZ, Freiburg/Basel

Ted W. MARGADANT, *Urban Rivalries in the French Revolution*, Princeton, New Jersey (Princeton University Press) 1992, p. XVI–511.

Mit dem Konkurrenzkampf der Städte untereinander um die neu zu bestimmenden Sitze administrativer, gerichtlicher und kirchlicher Institutionen nimmt sich Margadant eines bislang nicht eingehend und systematisch untersuchten Themas aus der Geschichte der Französischen Revolution an. Dabei richtet sich der Blick des Verfassers insbesondere auf die kleinen und mittelgroßen Kommunen, auf ihre wirtschaftlichen und administrativen Verbindungen und Abhängigkeiten untereinander, mit ihrem jeweiligen Umland und mit den großen städtischen Zentren. Zwar haben sich Bernard Lepetit in »Les villes dans la France moderne (1740–1840)« (Paris 1988) und Marie-Vic Ozouf-Marignier in »La formation des départements. La représentation du territoire français à la fin du 18^e siècle (Paris 1989)« mit benachbarten Themen beschäftigt, aber die Unterschiede in der Fragestellung und im zugrundegelegten Quellenbestand verhindern größere Überschneidungen. Margadant stützt seine Studie in erster Linie auf eine Fülle statistischer Materials über die französischen Kommunen seit dem 18. Jahrhundert und auf die Petitionen der Städte, mit denen diese die Neugliederung Frankreichs durch die Nationalversammlung zu ihrem Vorteil zu beeinflussen versuchten, sowie auf die Diskussion dieses Problems im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung.

Ausgangspunkt ist die Analyse der raumbundenen Organisationsstrukturen des Ancien Régime und die Bewertung der wirtschaftlichen und administrativen Zentralitätsmuster der Städte Frankreichs vor der Revolution. Naturräumliche Voraussetzungen, Bevölkerungszahl, Warenproduktion und Handel, verschiedene Bereiche staatlicher Verwaltung und des Steuersystems, Gerichtswesen, Kirche, Universitäten und militärische Infrastruktur finden dabei Berücksichtigung. Hier, wie auch an anderen Stellen des Buches, veranschaulicht Margadant seine Statistiken durch übersichtliche Kartenbilder. Die Überlappung von wirtschaftlicher und institutioneller Rangordnung der Städte hat ihr Pendant schon in den Anschauungen der Zeitgenossen über die Verbindung administrativer Funktionen mit der ökonomischen Entwicklung. Die Abschaffung hergebrachter Institutionen erzwang zusammen mit den Erfordernissen des Wahlrechts und der ideologisch motivierten Absicht, eine neue, rationale Ordnung staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zu finden, eine Neuregelung der Raumstrukturen. Im *Comité de constitution* wurden, vor allem durch einen Vorschlag von Sièyes motiviert, die Leitlinien der Einteilung Frankreichs in Départements beschlossen. Von Niedergangsängsten oder Aspirationen auf einen Entwicklungsschub bewegt, reagierten die Städte, die den Verlust von Institutionen fürchteten oder die auf deren Neuansiedlung hofften, mit einer regelrechten Petitionswelle. An dieser hinlänglich bekannten Stelle der Revolutionsgeschichte setzt Margadant an, um in den entscheidenden Kapiteln des Buches die Mitwirkung der Kommunen bei der Neugestaltung des Landes herauszuarbeiten.

Zunächst stellt Margadant die Argumentationsmuster vor, auf die die Städte im Ringen um die Grenzen von Départements und Distrikten und um die Festlegung von Verwaltungssitzen und Gerichtsorten in diesen Gebietseinheiten zurückgriffen. Zwar betont Margadant, daß »the abolition of the old regime confronted townspeople with a unique moment, when discourse seemed more powerful than institutions« (S. 143), aber in betonter – vielleicht etwas

künstlicher – Abgrenzung von Furet plädiert er für eine »situational analysis of the rhetoric surrounding the reconstruction of the French state« (S. 143 f.), die die Lage und die Interessen der politischen Vertreter der Kommunen im Rahmen des parlamentarischen Entscheidungsprozesses herausstellt. Daß wichtige Topoi wie *rapprochement*, *vivification* und Patriotismus gerade von den kleinen Städten genutzt wurden, um ihre partikularen Interessen und das Gedankengut der Revolution, beispielsweise das Gleichheitsideal, zu vermitteln, überrascht nicht. Eindrucksvoller ist das mit »The Politics of Parochialism« überschriebene Kapitel, in dem Margadant belegt, daß die Revolution Frankreichs politische Landschaft keineswegs in eine tabula rasa verwandelt hat, sondern schon von den Wahlen zu den Generalständen an lokale und regionale Interessenskoalitionen und taktische Absprachen den politischen Prozeß massiv beeinflussten. Schon die Verfahrensweise der Nationalversammlung, insbesondere die Bildung von regional zusammengesetzten Kommissionen zur Ziehung der neuen Verwaltungsgrenzen, trug dazu bei, den parlamentarischen Kuhhandel zum Grundmuster der Entscheidungsvorbereitung zu machen. Das Wirken von Sonderbeauftragten der in der Nationalversammlung nicht oder schwach vertretenen Städte, die meist aus dem Kreis lokaler Eliten handverlesen wurden, trägt zu dem von Margadant gezeichneten Bild eines wohlorganisierten Lobbyismus noch weiter bei.

Statt revolutionärer Euphorie und Antipartikularismus findet der Leser ein System des lebhaften *log rolling* mit Allianzbildungen und Verfahrenstaktiken, die auffallend modern wirken. Aber damit nicht genug, die Einbeziehung der Wählerbasis durch von der Nationalversammlung in Einzelfällen angeordnete Volksabstimmungen über die Situierung von Verwaltungssitzen und die verbreitete Mobilisierung der Bevölkerung durch Bürgerversammlungen und Unterschriftenlisten diskreditieren auch das Bild vom ungehemmten französischen Zentralismus. Die Anfang 1790 beschlossenen Departementsgrenzen erscheinen somit nicht als Ergebnis rationalistischen oder patriotischen Furors, sondern als Ausdruck eines »equilibrium of urban interests« (S. 255). Wie der Rekurs der kleinen Kommunen auf den Gleichheitsgedanken im Kampf gegen die Dominanz der großen Städte, so hat auch die Benennung der Departements nach Flüssen und Gebirgen dann eher eine Verschleierungsfunktion.

Auf die Festlegung der Grenzen folgte die Bestimmung der Sitze der Verwaltungen der Departements, dann die der Distrikte und der Gerichtsorte. Eine Entscheidung setzte den Rahmen für die nächste. Die Neugliederung war jedoch noch lange nicht definitiv. So konnten sich tradierte und frisch aktivierte Rivalitäten zwischen einzelnen Städten mit den Parteibildungen des Bürgerkriegs zwischen Gegnern und Anhängern der Revolution überlappen und zur Verlegung von Institutionen führen, z.B. im Falle von Castres und Albi. Vor allem unterhalb der Ebene der Departements blieb der territoriale Aufbau des französischen Staats in den 1790er Jahren im Fluß, bis unter Napoleon zumindest das Grundmuster dafür festgelegt wurde. Nun »territorial reorganization lost its close connection with egalitarian ideology that had supported urban ambitions at the beginning of the Revolution« (S. 325 f.). Das dauerhafte Resultat der Neugliederungsdebatte ab 1789 verdankt sich, das räumt Margadant ausdrücklich ein, daher nur teilweise dem Konkurrenzkampf der Städte; teilweise ist es eindeutig Niederschlag autoritär gefällter Entscheidungen nach gesamtstaatlichen Effizienzgesichtspunkten. Im Laufe des 19. Jahrhunderts erwies es sich dann, daß die vor und während der Revolution verbreitete Annahme, die Ansiedlung öffentlicher Institutionen sei für die wirtschaftliche und demographische Entwicklung einer kleineren oder mittelgroßen Kommune von entscheidender Bedeutung, nicht (mehr) zutraf. Nur die Departementssitze, zumeist gleichzeitig auch Geschäftszentren, Verkehrsknotenpunkte und Garnisonsstädte, erwiesen sich als besonders dynamisch. Die mit Erfolgen im Konkurrenzkampf um die Institutionen des revolutionären Staats verbundene Hoffnung auf gesicherte Prosperität erscheint im Rückblick als Trugschluß.

Der von Margadant gegebene Gesamtüberblick stellt überzeugend heraus, daß in der Frühphase der Revolution Partizipation auch auf lokaler und Pragmatismus auf nationaler

Ebene in Verbindung mit revolutionärem Gedankengut die Entscheidungsfindung auf einem so wichtigen Feld wie dem der Neugliederung Frankreichs prägten. Die Abhängigkeit der Kommunen und Regionen vom übermächtig werdenden Zentralstaat ist deswegen aus seiner Sicht nicht wie bei Tocqueville die Folge eines von der Revolution nur auf die Spitze getriebenen Erbübels aus absolutistischer Zeit, sondern er vermutet, ohne darauf näher einzugehen, daß die eskalierenden Finanzprobleme diese Entwicklung bedingten. Hier und bei der Frage nach der Stellung der Interessenvertreter der Kommunen in ihrem städtischen Umfeld können weitere Studien anschließen. Dem Verfasser ist es dagegen in überzeugender Weise gelungen, die Institutionengeschichte der Revolution um die Dimension eines wirkungsvollen kleinstädtischen Kommunitarismus zu ergänzen.

Günther KRONENBITTER, Augsburg

Andrée SFER-SEMLER, *Die Maler am Pariser Salon 1791–1880*, Frankfurt/Main, New York (Campus Verlag), Paris (Editions de la Maison des Sciences de l'Homme) 1992, 597 p.

L'auteur de cette recherche démontre en détail des préjugés traditionnellement mis en rapport entre l'art d'avant-garde et les refusés au salon.

Les artistes, même les plus modernes étaient acceptés pour exposer au salon: Le haut lieu d'exposition dont il fallait franchir le seuil pour être accepté dans le monde de l'art pendant une grande partie du 19^e siècle.

Pour réaliser sa recherche Sfer-Semler se sert des aides techniques de statistiques qui émanent des sciences sociologiques. Grâce à un système informatique qui fut développé pour des analyses sociologiques, elle arrive à gérer la compulsion énorme des informations. La comparaison d'un grand nombre de sources lui permirent d'arriver à des résultats étonnants et nouveaux.

Grâce à la recherche minutieuse des documents et des sources, l'auteur arrive à démentir des préjugés établis: La légende de l'artiste contemporain mal vu, enfant terrible et martyr de la société n'a plus raison d'être. L'analyse des papiers de concours et d'acceptation de tableaux pour l'exposition au salon démontre plutôt que les artistes parvenaient à s'y manifester. Et si cela n'était pas le cas à la première tentative, peu d'artistes n'y arrivaient plus tard.

La période de 1791 à 1880 fut divisée par l'auteur en sept périodes différentes chacune correspondant à l'un des régimes politiques successifs. Grâce à un catalogue de questions établies qui furent appliquées dans l'analyse des documents de toute sorte qui pouvaient donner des informations sur les artistes, leurs vies et leur statut social, il était possible d'encadrer les artistes et de connaître leurs conditions de vie. Ainsi Semler ne s'intéresse pas seulement à l'histoire des salons eux-mêmes, mais elle analyse aussi bien les professions des artistes, le Marché de l'art et le monde des collectionneurs. D'autres informations sont tirées de l'analyse systématique de la condition sociale de l'artiste, ses origines familiales, son éducation et son succès ou échec. Pour arriver à ses résultats, l'auteur a consulté les fonds importants aux Archives nationales, les archives du Musée du Louvre et des archives départementales.

L'ouvrage nous présente l'histoire exemplaire d'une institution d'état qui, créée par la révolution en 1791, dirigeait la vie artistique en France pour n'être abolie qu'après avoir fait son temps, en 1880: D'autres lois d'un marché de plus en plus développé et international commencèrent à faire jour et après des succès importants pendant toute la première moitié du siècle et Semler en tire la conclusion que le salon avait tout simplement perdu sa raison d'être.

Tout en étant juge d'Etat en première instance pour la vie artistique dans la capitale française, pendant les 89 ans de son existence, le salon a eu lieu 62 fois et on peut être étonné que l'histoire du salon n'ait pas été retracée par un historien, ou un historien d'art jusqu'à ce jour.